

Drohende Kriegsgefahr

Von Elke und Dr. Gundolf Fuchs

Als 1914 ganz kurz vor Kriegsausbruch diese zwei Worte von der deutschen Regierung als Warnung an die Bevölkerung öffentlich angeschlagen wurden, war das deutsche Volk noch so gesund, daß es allen Parteienstreit, allen geschürten Klassenkampf vergaß und zur Rettung von Bestand und Freiheit seiner selbst mit einer Einmütigkeit bereit war, die außenstehende Beobachter in Erstaunen versetzte. Diese Warnung wurde allerdings erst viel zu spät ausgegeben. Der Offizier Erich Ludendorff im großen Generalstab – noch ohne Kenntnis von den Hintergründen der Politik, aber denkfähig und denkwilling – hatte die Größe der Gefahr, die Deutschland drohte, bereits 1912 erkannt und sich für eine Heeresverstärkung eingesetzt. Dafür wurde er als unbequemer Mahner 1913 „*strafversetzt*“.

Wie war solche volksgefährdende Handlung überhaupt möglich? War es verletzte Eitelkeit der Vorgesetzten, die den Weitblick eines Untergebenen nicht anerkennen und die Mahnung Ludendorffs als Fehlvorstellungen wegschieben wollten? Sicher ist ein solches Verhalten bei der menschlichen Unvollkommenheit möglich, aber in einer so ernsten Frage, bei der es um Sein oder Nichtsein des Volkes und Staates geht, gehörte schon ein gewaltiges Maß an Verkommenheit dazu, wenn aus persönlicher Eitelkeit ein Warner vor einer Gefährdung des Volkes „*kaltgestellt*“ wird. Hier ist vielmehr der Blick auf Hintergrundmächte zu richten, deren Vertreter in anderen Völkern das Ziel „*Germania esse delendam*“ (Germanien (Deutschland) muß zerstört werden) deutlich verkündeten.

Eine Grundsatzerklärung in dieser Hinsicht gab die Kurie bereits 1874 ab. Papst Pius IX. verkündete am 18. Januar 1874 vor einer internationalen Pilgerversammlung in Rom:

„Bismarck ist die Schlange im Paradiese der Menschheit. Durch diese Schlange wird das deutsche Volk verführt, mehr sein zu wollen, als Gott selbst, und dieser Selbstüberhöhung wird eine Erniedrigung folgen, wie noch kein Volk sie hat kosten müssen. Nicht wir – sondern der Ewige weiß, ob nicht das Sandkorn an den Bergen der ewigen Vergeltung sich schon gelöst hat, das – im Niedergang zum Bergsturz wachsend – in einigen Jahren an die tönernen Füße dieses Reiches anrennen und es in Trümmer verwandeln wird; dieses Reich, das wie der Turmbau zu Babel Gott zum Trotz errichtet wurde und

zur Verherrlichung Gottes zergehen wird.“ Natürlich kann ein Vertreter einer Religion, die an einen persönlichen, das Schicksal des einzelnen wie das der Völker gestaltenden, Gott glaubt, diesem die Aktivität für das zuschieben, was er selbst erstrebt. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Vertreter dieser Religion bei solchem Fluch auch für die Verwirklichung dieses dem Gott zugeschriebenen Fluches einsetzen. Es gibt viele weitere Zeugnisse, daß solches Ziel verfolgt wurde. Man denke nur an den Widerspruch zwischen der Kriegsaufmunterung nach dem Mord am österreichischen Thronfolgerehepaar in Serbien von Seiten des Vatikans und dessen Haltung im und nach dem Kriege: „Am 24.7.1914 sandte der bayerische Gesandte beim Vatikan, von Ritter, folgendes Telegramm an die bayerische Regierung: Telegramm Nr. 26 Rom, den 24. Juli 1914, 6.35 Uhr abends. Papst billigt scharfes Vorgehen Österreichs gegen Serbien und schätzt im Kriegsfall mit Rußland russische und französische Armee nicht hoch ein. Karsek“ (Abkürzung für Kardinalstaatssekretär) „hofft ebenfalls, daß Österreich diesmal durchhält, und wüßte nicht, wann es sonst noch Krieg führen sollte, wenn es nicht einmal ausländische Agitation, die zum Morde des Thronfolgers geführt hat und außerdem bei der jetzigen Konstellation Österreichs Existenz gefährdet, entschlossen ist, mit Waffen zurückzuweisen ...“

Die Kurie wußte, daß Österreich mit dem von Bismarck geschaffenen Deutschen Reich einen Bündnisvertrag hatte, so daß dieses Reich, dessen Untergang man anstrebte, in einen Krieg hineingezogen werde. Nun könnte man meinen, daß die Kurie zur Unterstützung des katholischen Österreich gegen den griechisch-orthodoxen Feind Serbien und dessen russisch-orthodoxen Verbündeten auch das an sich gehaßte deutsche Reich begrüßte. Dem widerspricht aber eine von der Kurie nicht widerrufenen Aussage des Rektors des französischen Kollegs in Rom, P. Le Floch, die in „*Civiltà cattolica*“ (Heft 1651, 5. April 1919) veröffentlicht wurde: „*Lehrgrundsätze und geschichtliche Entwicklungen, natürliche Neigungen und die realen Interessen des Katholizismus machten es dem Papst unmöglich, sich auf die Seite der Mittelmächte zu stellen. Keinesfalls konnte er einen Sieg der Mittelmächte wünschen, wo er doch tausend Gründe hatte, die Vernichtung und Verminderung der katholischen Nationen, wie Belgien und Frankreich, zu befürchten. Nicht ohne Schrecken konnte er an die Aussicht eines definitiven Sieges Deutschlands denken, eines Sieges, der den Triumph des Luthertums und des Rationalismus bedeutet hätte.*“ Und zur Bestätigung dieser Haltung berichtet die „*Weltbühne*“ vom 9. Februar 1922 von einer Genugtuung verratenden Feststellung Papst Benedikts XV: „*Es ist Luther, der den Krieg verloren hat.*“

Es ist nicht verwunderlich, wenn bei solcher Einstellung einer weltumspannenden Organisation – und sie ist nicht die einzige dieser Art! – die Geschichte verfälscht wird und heute allgemein von den zwei Weltkriegen gesprochen wird, die Deutschland vom Zaun gebrochen habe. Aber das Versailler Diktat spricht eine ganz andere Sprache! Der Deutschenhaß, ja der Vernichtungswille der Feindmächte kam so deutlich zum Ausdruck, daß führende Politiker der damaligen Siegermächte erkannten und aussprachen, daß damit der Grundstein für den Zweiten Weltkrieg gelegt war, es sei denn, Deutschland ginge schon an der bestandsgefährdenden völkerrechtlichen Knechtung durch das Versailler Diktat als Staat unter.

In etwas weniger deutlicher, manchmal verwirrender Form wiederholte sich das Geschehen in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg.

Als Ludendorff von Hitler nach dessen Entlassung aus Landsberg Klarheit über dessen Ziele verlangte, sagte dieser, daß er mit Rom paktieren wolle. Er sprach dabei die Überzeugung aus, daß er Rom vor seinen Wagen spannen wolle. Wer wen vor seinen Wagen spannte, das hat die Geschichte erwiesen. Rom hatte mindestens zwei Eisen im Feuer, das „Zentrum“ und die „NSDAP“. Je nachdem, ob sich der erwachende Volkserhaltungswille nur schwächer oder sehr stark regte, unterstützte Rom eine Partei, die nur „bürgerlich katholisch“ war, oder eine, „nationalistisch katholisch“. 1930 war man sich in Rom ziemlich sicher, daß der „nationalistische Umweg“ zu gehen sei und so verkündete Kardinal Faulhaber in einer Predigt in der Münchener Frauenkirche am 16.2.1930 seine Überzeugung: *„Wenn die Welt aus tausend Wunden blutet, und die Sprachen der Völker verwirrt sind wie in Babylon, dann schlägt die Stunde der katholischen Kirche.“* (zit. aus *„Jesuiten in der Schweiz“* in: Der Quell, Folge 1, 9.1.1956)

Ein hoher katholischer Würdenträger hofft natürlich, daß die Stunde seiner Kirche schlagen wird, und sorgt dann dafür, daß die günstigen Bedingungen eintreten. Im gleichen Jahr verkündet der Benediktiner Pater, Chrysostomus Baur seine Vision von der möglichen Bedeutung des Bolschewismus. Gemäß Bayerischen Kurier vom 8.3.1930 sagte er: *„Er [der Bolschewismus] ermordet Priester und Bischöfe, er entweiht und schändet Kirchen und Heiligtümer, enteignet und zerstört die Klöster, die seit Jahrhunderten die geistigen und religiösen Brennpunkte des kirchlichen Lebens in Rußland waren. Aber sollte nicht gerade darin die religiöse Sendung des religionslosen Bolschewismus liegen, daß er die Träger des schismatischen Gedankens [gemeint ist damit die griechisch- oder russisch-orthodoxe Kirche] verschwinden läßt, sozusagen ‚reinen Tisch‘ macht und damit die Mög-*

lichkeit zum geistigen Neubau gibt?“ (zit. nach „Überstaatliche Machtpolitik im 20. Jahrhundert“, 1972, S.155)

In Rußland bluteten also schon die Wunden in unvorstellbarem Ausmaß. Damit blutete aber noch nicht die „Welt“ aus tausend Wunden. Das wäre erst erreicht gewesen, wenn es gelungen wäre schon 1932 den „Weltkrieg auf deutschem Boden“ als Kreuzzug gegen Rußland zu entfachen. Dieser wurde durch Erich Ludendorffs Buch „Weltkrieg droht auf deutschem Boden“, das in viele Sprachen übersetzt und von den Generalstäben gelesen wurde, „zerredet“, d. h. durch Aufklärung über geheime Zielsetzungen, die den Gläubigen nur mythisch vernebelnd (s. die beiden Zitate) bekanntgegeben wurden.

Daß der Nationalsozialismus seine starke Bindung an Rom im überwiegend evangelischen Norddeutschland zu verschleiern versuchte, geht mittelbar aus der Reaktion nicht-katholischer Parteimitglieder auf den Hinweis auf die Bindung an Rom hervor. Sie antworteten: „Wenn Hitler uns an Rom verrät, dann schlagen wir ihn tot!“ Aber auch die evangelische Kirche machte bald mehrheitlich mit, und so war es nichts mehr mit dem „Hitler totschiagen“. Dieser konnte sogar ein Konkordat mit der katholischen Kirche abschließen, das wahrscheinlich als einziger der Verträge mit dem NS-Staat nach dessen Beseitigung heute noch gültig ist!

In den Neunziger Jahren sah sich die katholische Kirche gezwungen, zuzugeben, daß sie den Nationalsozialismus gefördert habe, was ihrer Machtausübung aber kaum Abbruch tat. Es erhöhte die Wirkung der Schuldzuweisung an die deutschen Katholiken und schwächte die Abwehrkraft gegen Volkszerstörung. Der Schriftsteller Rolf Hochhuth hatte das Fehlverhalten der Spitzenvertreter des Katholizismus schon Jahrzehnte früher mit seinem Stück „Der Stellvertreter“ angeprangert. Das geschah aber wahrscheinlich nur im Rahmen des Nibelungenkampfes mit der „anderen“ überstaatlichen Macht.

Der Katholik Hitler verkündete immer wieder, daß ihn die Vorsehung zur Rettung Deutschlands ausersehen habe. Das klang neutraler, als wenn er vom Bibelgott gesprochen oder gar dessen Namen „Jahweh“ benutzt hätte. In seiner Wirkung auf Menschen, die damals noch zu einem größeren Teil die kirchlichen Dogmen glaubten und sogar von einem antijüdischen Charakter des Christentums überzeugt waren, bedeutete das kaum einen Unterschied.

Zwar wurde auch der Zweite Weltkrieg von Deutschen Hassern herbeigeführt, unter denen sich Churchill besonders hervortat, aber Hitler arbeitete den Kriegstreibern in die Hände, weil er von seiner Auser-

wähltheit von der „Vorsehung“ so überzeugt war, daß er die ernstesten Warnungen Erich Ludendorffs vor jedem Angriffskrieg in den Wind schlug. Für Churchills Streben seien einige übersetzte Zitate aus der „Churchill-Biographie“ angeführt. Auf S. 21 heißt es über das Versailler Diktat wie vorher schon angemerkt: „Der Versailler Vertrag ist kein Friedensvertrag, sondern ein Waffenstillstand für 20 Jahre“. Auf S. 224 steht: „Verantwortlich für den Krieg war die Blankovollmacht, die England an Polen gegeben hatte“ Und schließlich S. 259 ganz klar: „Das Ziel Englands ist, alle Kräfte Europas zu vereinen, um Deutschland zu vernichten, auch unter Einbeziehung der USA“. Betrachtet man in diesem Zusammenhang auch noch die Darlegung in der britischen Zeitung „Sunday Correspondent“:

Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten.“ (Quelle: „Stimmen der Anderen“, FAZ vom 18.9.1989), dann gibt es bei den Churchill-Zitaten keinen Zweifel mehr, daß gegen Hitler nicht wegen kriegerischer Bedrohung zu Felde gezogen werden sollte, sondern weil er Deutschland durch Ausnutzung¹⁾ deutscher Arbeitskraft zu wirtschaftlicher Blüte brachte. Und die Überstaatlichen ließen ihn gewähren, um auszukundschaften, wieviel Kraft noch im deutschen Volke steckte.

Dann blutete die Welt aus allen Wunden. Nicht nur Deutschland hatte den Krieg verloren, sondern auch die anderen europäischen Staaten, wenn sie teilweise zunächst noch mit als Sieger auftreten durften. Großbritanniens „prunkvoller Abstieg“, den Erich Ludendorff in den 30er Jahren vorausgesagt hatte, vollzog sich. Und im Jahre 1996 warf der jüdische Prof. M. Wolffsohn in einem mit „Willige Vollstrecker“ (FAZ vom 22.11.1996) überschriebenen Aufsatz ganz Europa den Judenmord vor. Bis dahin war den anderen europäischen Staaten gestattet, durch Schuldzuweisung an Deutschland bei irgendwelchen Verhandlungen Vorteile zu erreichen. Nun hieß es bei Wolffsohn plötzlich: „Dieses Europa war eher der Ort von Massenmord und Intoleranz.“, denn es gab „erschreckende Bereitschaft zur Kollaboration“. „Der Boden Osteuropas und auch des Balkans ist mit jüdischem Blut getränkt. Nur der Boden Osteuropas und des Balkans? Auch in Westeuropa gab es eine erschreckende Bereitschaft zur Kollaboration mit dem Mordmeister aus Deutschland.“

1) Heute wird durch ein falsches Wirtschaftssystem viel Arbeitskraft lahmgelegt, wobei das Leben der Arbeitslosen auch noch von den Arbeitenden mit unterhalten werden muß!

Damit kommen wir zu den jüngsten Schritten, die europäische Staaten zu reinen Erfüllungsgehilfen der US-Machtpolitik zu machen, wobei ein Rest von Mitbestimmung nur noch auf dem Papier steht.

Die Notwendigkeit der Schaffung eines Vereinten Europas, das zunächst noch als Europa der Vaterländer angepriesen war, in dem die Völker weitgehend ihre Eigenart bewahren können sollten, wurde doch damit begründet, daß man ein Gegengewicht gegen die großen Machtblöcke in erster Linie die USA, aber auch gegen das machtpolitisch wiedererstarkte Rußland bzw. die sog. GUS bilden sollte. Dabei braucht die notwendige Machtentfaltung²⁾ keinesfalls Feindschaft zu bedeuten. Sie verhindert nur, daß einer der Partner verführt wird, Herrschaftsgeheule zu kultivieren, weil der andere machtlos ist.

Das diktatorische Auftreten der USA, besonders ihres Präsidenten Bush, hat in Frankreich zu Befürchtungen geführt. Unter *„Argwohn über Amerikas Einfluß – Die Nato-Erweiterung: Frankreich“*, FAZ vom 19.11.2002, S. 5, liest man über weite Strecken nur von einer Freude über die Nato-Osterweiterung, nachdem sichergestellt ist, *„daß die Erweiterung der Nato nicht als Brückierung gedacht sei. Die Gründung eines gemeinsamen Rates zwischen der Nato und Rußland auf dem Gipfeltreffen in Rom im vergangenen Mai sowie die Zusammenarbeit in der Bekämpfung des Terrorismus haben in Paris indessen frühere Sorgen vor einer Verstimmung mit Rußland verdrängt.“* Auch wird an die anderen europäischen Partner appelliert, sie *„mögen ebenfalls ihre Ausgaben für die Beschaffung von Militärgerät erhöhen. Die Streitkräfte der europäischen Staaten bedürfen nach Pariser Lesart dringend einer Modernisierung und einer Ausrichtung auf neue Aufgaben wie die internationale Friedenssicherung.“* Das ist angesichts der leeren Haushaltskassen in Deutschland, aber nicht nur dort, eine gefährliche Aufforderung, auch wenn sie wirtschaftliche Vorteile bringen kann.³⁾

Später heißt es dann: *„Die Rolle der Amerikaner wird freilich auch im Rahmen der Osterweiterung der Nato in Paris kritisch beobachtet. An der Seine sind Sorgen zu vernehmen, manche osteuropäischen Länder seien ge-*

²⁾ Auf die Notwendigkeit einer Machtentfaltung, die die Pazifisten verkennen, weist Mathilde Ludendorff in ihrem Werk *„Die Volksseele und ihre Machtgestalter“* eindeutig hin.

³⁾ Eine Waffenproduktion verschlingt nur Geld, senkt also den Lebensstandard. Wenn es oft anders zu sein scheint, nämlich, daß Aufrüstung die Wirtschaft ankurbelt, dann ist das nur ein Beweis für schlechte Wirtschaftspolitik, die auch gezielt betrieben werden kann, wenn man Aufrüstung schmackhaft machen will!

neigt, nach der Befreiung von der Knute der Sowjetunion zu bereitwillig eine enge Anbindung an die Vereinigten Staaten zu suchen, weil alleine Amerika in der Lage sei, die Interessen Osteuropas im Falle eines neuen Hegemoniestrebens Rußlands glaubwürdig gegen Moskau zu vertreten.“ Dann wird der französische „Argwohn“ begründet, nämlich, „daß in den Auseinandersetzungen um das richtige Verhalten der Weltgemeinschaft gegenüber dem Irak einzelne Länder in Osteuropa sich von Beginn an vorbehaltlos auf die Seite Washingtons schlugen, während Paris den Konflikt mit den Amerikanern suchte.“ Der Argwohn ist berechtigt, wenn man den FAZ-Beitrag vom 23.11.2002, S. 1, „Ende der alten Nato“ liest. Die Veränderung wird vorsichtig eingeleitet: „In Prag ist eine historische Entscheidung gefallen. Von der alten Nato ist kaum mehr als die Bezeichnung geblieben ...“ Erst im zweiten Absatz wird die Änderung klarer, aber immer noch nur umschreibend bezeichnet: „Neu an der Nato ist zunächst einmal die Entgrenzung ihres Wirkungsbereichs. Die alten Bündnisgrenzen bestehen zwar im Verteidigungsfall weiter. Die Abwehr internationalen Terrorismus und die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sind aber nicht auf diese Grenzen beschränkt. Diese Gefahren will die Nato dort bekämpfen können, wo sie entstehen – überall auf der Welt.“ Das Abweichen vom reinen Verteidigungsauftrag wird vornehm mit „Entgrenzung“ umschrieben. Erst viel später werden die Probleme der Aufgabe des reinen Verteidigungscharakters, insbesondere für Deutschland, behandelt. „... , das Verhalten der deutschen Bevölkerung zu diesem Thema hat auch deutlich gemacht, daß die Öffnung der Nato für eine Politik der militärischen Intervention für Deutschland spezifische Probleme schaffen kann. Sie gründen nicht nur in der Feststellung des Grundgesetzes, daß die Bundesrepublik Streitkräfte ‚zum Zwecke der Verteidigung‘ unterhält, sondern in der Prägung durch die nationale Geschichte. Zwei Weltkriege haben dazu beigetragen, den Begriff ‚Verteidigung‘, ganz eng auszulegen. Was andernorts als ‚präemptive Intervention‘ bewertet werden mag, kann sich in den Augen der Deutschen als Angriff ausnehmen – und den verbieten UN-Charta und Grundgesetz“.

Bezeichnend ist, daß in diesem Zusammenhang der als „Blut- und Eisen-Kanzler“ verunglimpft Schöpfer des zweiten Deutschen Reiches als „Gemäßigter“ bezüglich kriegerischer Neigungen gewertet wird, indem angeführt wird: *Schon Bismarck verweigerte das ‚praevenire‘.* „Weiter heißt es: *Für diese Haltung brauchen sich die Deutschen nicht zu entschuldigen, schon gar nicht bei ihren Verbündeten, die einst Opfer deutscher Angriffe waren. Wie sich dieses Problembewußtsein im Bündnis auswirken wird, dürfte vor allem davon abhängen, welche Entscheidungen die Zukunft der Nato abfordern wird.*“ Natürlich wird in diesem Zusammenhang wieder der

Gedanke von der deutschen Alleinschuld am Kriege bemüht, obwohl Winston Churchills Kriegstreiberei aus eigenen Bekenntnissen so klar hervorgeht. Zwei Beispiele sind ja bereits dafür angeführt. Bezeichnend ist auch die Feststellung, daß ein- und dieselbe Zielsetzung von Deutschen und Vertretern anderer Staaten unterschiedlich gewertet wird. Durch die Relativierung wichtiger Tatbestände, die man so oder so auffassen kann, wird die UN-Charta erheblich abgewertet. Die „Realpolitiker“, für die Grundsätze nur gelten, wenn sie ihren Zielen nützen, scheinen sich in der Rolle des Zauberlehrlings zu sehen, daß sie die „Antikriegsgeister“, die sie riefen, nun schwer wieder loswerden. Aber vielleicht vertraut man auch in der Stellung zum Krieg der Wandlungsmöglichkeit die nach Coudenhove-Kalergi bezüglich der Demokratie besteht. Über diese sagte er: *„Unser demokratisches Zeitalter ist ein klägliches Zwischenspiel zwischen zwei großen aristokratischen Epochen: der feudalen Aristokratie des Schwertes und der sozialen Aristokratie des Geistes. Die Feudalaristokratie ist im Verfall, die Geistesaristokratie im Werden. Die Zwischenzeit nennt sich demokratisch, wird aber in Wahrheit beherrscht von der Pseudoaristokratie des Geldes.“* („Praktischer Idealismus“, S. 31). Bezüglich der Kriegsbereitschaft sollte über den Umweg der völligen Kriegsverteufelung der Wandel von der Bereitschaft, Leben und Ehre des Volkes notfalls unter Lebenseinsatz zu verteidigen, zu einer Bereitschaft zum Söldnertum vollzogen werden. Söldner fragen nicht nach Recht und Unrecht, sondern dienen dem Mächtigen, der sie bezahlt. Natürlich gibt es auch für diese Tätigkeit schönklingende Namen wie Schutz vor gefährlichem Terrorismus, aber kurze Zeit später zeigen die Medien wie zum Hohn auf, welche handfesten wirtschaftlichen oder ideologischen Interessen den eigentlichen Antrieb bildeten.

In dem FAZ-Beitrag wird aber noch ein anderer Gesichtspunkt eingehend behandelt, der zuvor bereits erwähnt wurde, nämlich die unbedingte Vormachtstellung der USA, die ja eigentlich durch die Schaffung eines Paneuropa verhindert werden sollte. So wird angemerkt: *„In der neuen Aufgabenstellung finden sich die europäischen Partner allerdings in einer veränderten Rolle wieder: Sie werden nicht mehr mit ihren nationalen Streitkräften gleichwertig neben und mit den Amerikanern operieren können, sondern nur noch als Teilhabende an einem multinationalen Verband, eben der ‚response force‘. Damit werden die unterschiedlichen Gewichte der Partner auch in den Streitkräftestrukturen sichtbar: Ihrer Führungsmacht Vereinigte Staaten stellen die Europäer mitsamt den Kanadiern nur mehr gemeinsam ein Hilfskorps zur Verfügung.“* Wurde in früheren Jahren schon ins Feld geführt, daß nur ein Paneuropa die Interessen der europäischen Staaten

schützen könne, wieviel mehr müßte das für das gerade in Erweiterung begriffene Paneuropa gelten, in das sogar die außereuropäische Türkei einbezogen werden soll? In Wirklichkeit werden die europäischen Staaten gerade in dieser Phase zu einem *gemeinsamen Hilfskorps* degradiert! Das wird in dem FAZ-Artikel ganz deutlich zum Ausdruck gebracht: *„In der neuen Konstellation ist die Vorherrschaft Amerikas noch größer, als sie es bisher schon war. Das dürfte sich auf die Befindlichkeit der Europäer auswirken. Sie werden sich kaum gegen die Erkenntnis wehren können, von gleichberechtigten Partnern zu ‚foederati‘, also zu Abhängigen, geworden zu sein.“*

Wie wenig die Anschauungen eines Partners geachtet werden, zeigt ja das derzeitige Verhältnis der deutschen Regierung zu der der USA. Obwohl Bundeskanzler Schröder schon viel von seinen vollmundigen Erklärungen vor der Wahl aufgegeben hat, wird er immer noch als Störenfried behandelt. Man kann es nur einen „Eiertanz“ nennen, was da in den letzten Wochen aufgeführt wurde. In der FAZ wird am 23.11.2002 bestätigt: *„Passive Hilfe Berlins für einen Militäreinsatz im Irak – Schröder: Bewegungsmöglichkeiten unserer Freunde nicht einschränken ...“*. Das klingt so, als ob man den Militäreinsatz billigt, nur leider selbst „passiv“ bleiben muß. Am 28.11.2002 meldet die DLZ auf S. 7: *„Regierung will USA keine Waffen geben – Unterstützung eng eingegrenzt“* und daneben der Versuch, die Hilfe doch aktiv zu gestalten, und zwar über eine Hilfe an Israel, die wir aufgrund des Holocaust ja nicht verweigern können sollen. (DLZ 26.11.2002, *„Luftabwehr-Raketen: Israelische Anfrage bestätigt“*) Da ging es vordergründig zunächst nur um eine Hilfe zur Abwehr. Da die Abwehrhilfe aber nur nötig ist, wenn ein Militärschlag gegen den Irak geführt wird, wird die Ausführung des beabsichtigten Krieges nur begünstigt, wenn eine für den Angreifer unerwünschte Gefährdung Israels beseitigt werden kann. Und dann kam noch die „Verwechslung“ bei der Panzeranforderung. Dazu liest man in der FAZ vom 30.11.2002 unter *„Guter Fuchs, böser Fuchs – ... Die Grünen und die Militärhilfe für Israel“* u. a.: *„Als Bundeskanzler Schröder am Mittwoch verkündete, ‚Patriot‘-Raketen könne Israel erhalten, stand Außenminister Fischer neben ihm und ließ durch nichts erkennen, daß er anderer Meinung sein könnte. Das galt auch für Schröders Zusage, Israel könne ‚Fuchs‘-Fahrzeuge in der Version als ABC-Spürpanzer bekommen, auch wenn Israel tatsächlich Transportpanzer vom Typ ‚Fuchs‘ erbeten hatte.“* Letztere *„ließen sich zum Kampf Israels gegen die Palästinenser einsetzen“* und dieser solle auf keinen Fall unterstützt werden.

Auf die Abhängigkeit der Europäer von den USA zurückkommend muß festgestellt werden: Das Schlimmste ist, daß andere europäische

Regierungsmitglieder in die Beschimpfungen der USA gegen Deutschland mit einstimmen und damit ihre eigene Abhängigkeit nur erhöhen. Diesen Mißstand sollte auch der Normalbürger erkennen. Wer die überstaatlichen Einflüsse erkennt, der wundert sich natürlich nicht über solche Uneinigkeit. Der weiß, daß die Regierungen der einzelnen Staaten Erfüllungsgehilfen der „*One-World*“-Fanatiker sind. Nur wenn z. B. ein Volk wie das deutsche zu sehr gegen die modernen Kriegsabenteuer eingestellt ist, müssen die Regierungsgewalt-Erstrebenden abweichende Thesen vertreten, die sie auch nach der Wahl nicht gleich völlig widerrufen können.

Es bedarf also des unermüdlichen Einsatzes derer, die solche Kriegstreiberei erkennen und abwehren wollen, wenn die drohende Kriegsgefahr überwunden werden soll.